

No. 2.

Stadtrats-Sitzung

abgehalten am 20. Januar 1921.

Gegenwärtig:

1. Vorsitzender:

I. Bürgermeister Karl MAYER.

II. Bürgermeister Wolfgang GRASSL.

2. Die bürgerlichen Stadträte:

Söttl

Hoffmann.

Hambel

Lipold. *msf*

Hecht

Döring

Herrmann.

Heiß

Frau Hertlein.

Scherer

Härtl.

Guggemos *msf*

Börner. *msf*

Bachmeier

Schabacker.

Fehn

Metzger.

Tremmel. *msf*

3. Verwaltungsinspektor Latteler.

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand
1			Sitzungsprotokoll vom 10. Januar 1921.
2	90		Zurückgebung des alten Militärschießplatzes.
3	193.		Schnellzugsverbindung.

Beschluss

Das Sitzungsprotokoll vom 10. Januar 1921 wurde in der heutigen Sitzung bekanntgegeben; ohne Erinnerung.

I. Öffentliche Sitzung.

Die Zuschrift der Reichsvermögensstelle Neuburg a. D. vom 11. Januar 1921, wonach der alte Militärschießplatz Oberhausen der Stadtgemeinde zur Verfügung gestellt wird, hat in heutiger Sitzung zur Kenntnis gedient.

Stadtrat beschließt einstimmig, auf die in § 3 des Vertrages vom 28. Januar 1895 festgesetzte einmalige Abfindungssumme von 12,000 M. unter keinen Umständen zu verzichten, dieselbe vielmehr in vollem Umfange zu beanspruchen.

Gemäß § 7 des Vertrages vom 14. Juni 1896 sind die Erdaufwürfe beim Erlöschen des Pachtverhältnisses wieder zu beseitigen.

Nachdem die Gesamtfläche in kürzester Frist anderweitig verwendet werden soll, ist die Beseitigung der auf dem Platze befindlichen militärischen Gebäude unbedingt notwendig.

Es ist vorerst beabsichtigt, die ganze Fläche aufzuforsten, weshalb eine Einnahme auf längere Zeit nicht zu erwarten steht.

Dem Beschlusse des Stadtrates Donaunörrth vom 18. ds. Mts. "Schnellzugsverbindung betr." schließt sich der Stadtrat in seiner heutigen Sitzung vollinhaltlich an.

<i>Nummer des Vortrags</i>	<i>Numer des Exhibit.</i>	<i>Referent</i>	<i>Gegenstand</i>
5.	215.		Vollzug des Gesetzes über die Haltung und Körung der Bullen vom 13. August 1920.
6.	5590.		Turnhalle.

Beschluss

Im Vollzuge des § 20 der Minist. Bek. vom 12. November 1911 "den Vollzug des Gesetzes über die Haltung und Körung der Bullen vom 13. August 1910 betr.", wurden in heutiger Sitzung für die Jahre 1921, 1922 und 1923 als Mitglieder des Körausschusses gewählt:

a) Als Sachverständiger der Stadtgemeinde:

Schabacker Josef, Landwirt und Stadtrat;

b) als gemeindliches Mitglied:

Guggumos Georg, Landwirt und Stadtrat;

c) als Stellvertreter:

Max Brucklacher (Max), Landwirt,

Scheuermeyer Ludwig, Landwirt.

Herr Guggumos ist auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten auf Handgelübde zu verpflichten, die übrigen Gewählten sind auf ihre Verpflichtung hinzuweisen.

Die Zuschrift des Rektorates der Realschule dahier vom 3. Dezember 1920 wurde in heutiger Sitzung bekannt gegeben.

Mit Rücksicht auf die äußerst ungünstige Finanzlage der Stadtgemeinde und die sonstigen erheblichen Kosten, die für den Betrieb der Turnhalle entstehen, beschließt Stadtrat, nur die allernotwendigsten Reparaturen vornehmen zu lassen und zwar nur die Stränge für das Trapez zu beschaffen. Die übrigen genannten Mängel sind, soweit möglich, im Wege der Reparatur zu beseitigen.

<i>Nummer des Vortrags</i>	<i>Numer des Exhibit.</i>	<i>Referent</i>	<i>Gegenstand</i>
7	112.		Staatsstrasse Augsburg-Neuburg, hier Ortstraverse Feldkirchen.
8	-		Ungehinderte Benützung des Verbindungsweges zwischen Hiesel- wirtsgässchen und Philippstrasse.
9	157		Entfernung der Ahornbäume vor dem Anwesen des Joh. Scheuermayer B. 131 hier.

Beschluss

Die Zuschrift des Bezirksamtes Neuburg a. D. vom 7. ds. Mts. betr. "Staatsstrasse Augsburg-Neuburg a. D., hier Ortstraverse Feldkirchen", hat in der heutigen Sitzung zur Kenntnis gedient.

Bezüglich des Beitrittes der Stadtgemeinde Neuburg a. D. zu einem etwa zu gründenden Zweckverbande behält sich der Stadtrat weitere Stellungnahme vor, glaubt aber heute schon zum Ausdrucke bringen zu sollen, daß mit Rücksicht auf die mißliche finanzielle Lage der Stadtgemeinde eine Beteiligung an einem solchen Zweckverbande nicht tunlich ist.

Nach Bekanntgabe der Erklärung des Bäckermeisters Rein dahier beschließt Stadtrat in seiner heutigen Sitzung einstimmig, die Anwesenbesitzer Fritz Rucker, Franz Umseher und Thomas Bütler zur sofortigen Beseitigung der Zaunabschlüsse, durch welche die ungehinderte Benützung des öffentlichen Verbindungsweges zwischen Hieselwirtsgässchen und Philippstrasse gestört ist, aufzufordern. Sollten dieselben dieser Aufforderung nicht Folge leisten, so würde die zwangsweise Entfernung der Zäune auf Kosten der Genannten in die Wege geleitet werden.

Nach Bekanntgabe des Schreibens des Herrn Scheuermayer vom 13. ds. Mts. beschließt Stadtrat, die vor dem Anwesen B. 131 dahier stehenden Ahornbäume entfernen zu lassen. - Das anfallende Holz ist für Zwecke der Armenkasse zu verwerten.

Nummer des Vertrags	Numer des Exhibit.	Referent	Gegenstand
10	73.		Zulassung zum Pferdehandel.
11	-		Ankauf von Kochherden für Notwohnungen.

Beschluß

Der Antrag des Handelsmannes Paul Reichel in Neuburg a.D. um Zulassung zum Handel mit Zucht- und Nutzpferden und die gewerbsmässige Vermittlung von solchen wird abgewiesen, nachdem Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Antragstellers in Bezug auf den Handelsbetrieb und die gewerbsmässige Vermittlung dartun. (§ 3 I der Bek. des Staatsministeriums für Landwirtschaft vom 6. Dez. 1920, Staatsztg. 1920 Nr. 289).

Reichel wurde am 17. Juni 1918 wegen eines Vergehens der Preistreiberei zu 230 M event. 23 Tage Gefängnis und am 16. April 1920 wegen eines Vergehens gegen die Bekanntmachung vom 25. Oktober 1919, betr. Verkehr mit Pferden, zu 300 M event. 30 Tagen Gefängnis verurteilt. - Ausserdem ist gegen ihn zur Zeit ein Verfahren wegen Kettenhandels bei der Staatsanwaltschaft Neuburg a.D. anhängig.

Gegen diesen Beschluß steht dem Antragsteller Beschwerde zur Regierung von Schwaben und Neuburg, Kammer des Innern, zu. Sie ist an eine Frist von 14 Tagen, vom Tage der Zustellung an gebunden, u. hat keine aufschiebende Wirkung.
Die Gebühr für gegenwärtigen Bescheid wird auf 10 M festgesetzt.

Herr Stadtrat Fehn teilt in der heutigen Sitzung mit, daß für verschiedene Notwohnungen mehrere Kochherde benötigt werden. Es biete sich

Nummer des Vortrags	Numer des Exhibit.	Referent	Gegenstand
12.	-	-	Beschaffung von Kochherden aus städt. Mitteln oder aus städt. Vorräten für Notwohnungen.
13.	214.	-	Abänderung der Friedhof- und Leichenkostenordnung der Stadt Neuburg a.D. vom Jahre 1904.

B e s c h l u s s .

Die Friedhofordnung der Stadt Neuburg a.D. vom Jahre 1904, soweit dieselbe auf Gebühren Bezug hat, entspricht in keiner Weise mehr den heutigen Zeit- und Geldverhältnissen.

Dieselbe wurde in heutiger Sitzung, zu welcher die Stadtratsmitglieder vorschriftsmässig geladen waren und von denen 15 sich eingefunden hatten; einstimmig mit Wirksamkeit vom 1. Januar 1921 an in folgender Weise geändert:

Zu III. Familiengräber:

§ 6 Abs. I erhält folgende Fassung:

Als Preise für die Grabplätze werden festgesetzt:

a) Grabplätze für Erwachsene und Kinder über 12 Jahre:

1. An der südlichen Mauer des Friedhofes zwei Plätze

zusammen 170 M.

(Einfache Grabplätze werden an dieser Stelle nicht abgegeben.)

Für jeden weiteren Platz 80 M. mehr.

2. Am mittleren Hauptweg (vom Eingang zum Kreuz) oder an der westlichen Mauer ein Platz 70 M.

3. An allen Seiten- und Querwegen des neuen östlichen Friedhofteiles (Erwerbung vom Jahre 1893/94) ein Platz 60 M.

4. An allen Seiten- und Querwegen des älteren westlichen Friedhofteiles ein Platz 50 M.

5. Innerhalb der Sektionen ein Platz 20 M.

6. An den neuangelegten Wegen der neuen östlichen Anlage im Friedhof ein Platz 60 M.

Innerhalb der Baumgruppe erhöht sich die Gebühr für einen Platz um 10 M.

b) Grabplätze für Kinder unter 12 Jahren in der Sektion für Kindergrabplätze:

ein Platz am Wege 20 M.

ein Platz innerhalb der Sektion 10 M.

Zu IV. Wechselgräber.

Der letzte Absatz des § 12 hat wie folgt zu lauten:

Der Preis für ein solches Familiengrab wird auf 20 M. festgesetzt.

Zu V. Ewiggräber.

Absatz III des § 15 wird in folgender Weise geändert:

Die Preise für Ewiggräber sind festgesetzt:

Für einen oder zwei Grabplätze an der südlichen Mauer
und am mittleren Hauptgang 700 M.

In allen übrigen Teilen des Friedhofes 500 M.

Für jeden dritten, vierten XX. Grabplatz je 150 M. mehr.

Als Abs. VI kommt neu hinzu:

Die Friedhofverwaltung behält sich vor, die Grabberewigung
von einem Gutachten des städtischen Bausachverständigen über die
Beschaffenheit des Grabdenkmales und der Einfassung abhängig zu
machen.

Eine Verewigung von Gräbern mit Denkmälern, die ganz oder
teilweise aus Kunststein oder aus Holz hergestellt sind, ist
ausgeschlossen.

Der vollständig neue Entwurf der Teilstenkostenordnung
wurde ebenfalls einstimmig genehmigt.

Neuburg a. D., den 20. Januar 1921.

Stadtrat:

gez. Mayer.



gez. Latteler.

Beschluß

hie und da Gelegenheit, gebrauchte Herde zu
erwerben.

Stadtrat beschließt, den Herrn Stadtrat Fehn
zum Ankaufe solcher gebrauchter Herde zu er-
mächtigen.

Herr Stadtrat Fehn hat in heutiger Sitzung
mitgeteilt, daß für verschiedene Notwohnungen
Kochherde aus städtischen Mitteln beschafft oder
aus städtischen Mitteln zur Verfügung gestellt
werden mussten.

Um die Stadtkasse vor Schaden zu wahren,
bringt er in Vorschlag, von den betreffenden
Wohnungsinhabern eine Entschädigung von jährlich
10% des Wertes der Herde zu erheben.

Stadtrat beschließt dem Antrage entsprechend.

Siehe beiliegende Beschlußabschrift.

<i>Nummer des Vortrags</i>	<i>Numer des Exhibit.</i>	<i>Referent</i>	<i>Gegenstand</i>
14.	211.	-	<p><u>II. Geheime Sitzung.</u></p> <p>Unterstützung aus der Freyberger Zollnerschen Stiftung.</p>
15.	-	-	<p>Unterstützungsgesuch aus der Mazillis'schen Waisenstiftung.</p>
16.	-	-	<p>Unterstützungsgesuch aus der Mazillis'schen Waisenstiftung</p>

Beschluß

Aus Mitteln der Freyberger-Zollner'schen Stiftung sollen alljährlich unbemittelte Erstkommunikanten durch Beschaffung von Kleidungsstücken und Schuhen unterstützt werden. Durch Admassierung der Stiftungszinsen im vorigen Jahre stehen heuer für diesen Zweck 350 M zur Verfügung. Auch dieser Betrag ist für den genannten Zweck zu gering, weshalb Stadtrat beschließt, auch die heurigen Zinsen wieder zu admassieren.

Um aber doch eine bestimmte Anzahl von bedürftigen Kindern unterstützen zu können, will Herr I. Bürgermeister aus der ihm von Herrn Geheimrat Ritter von Philipp zur beliebigen Verwendung übergebenen Spende den Betrag von 1000 M wieder zur Verfügung stellen, womit sich Stadtrat einverstanden erklärt.

Die Pfarrrädmer sind zu ersuchen, nur die allerbedürftigsten Kinder in Vorschlag zu bringen.

Das Gesuch der Fuhrknechtswitwe Maria Weidenhiller dahier um Gewährung der Halbwaisenunterstützung für ihren 12-jährigen Sohn Johann aus der Mazillis'schen Waisenstiftung konnte eine Genehmigung nicht finden, weil die stiftungsmässigen Voraussetzungen nicht gegeben sind.

Gegen diesen Beschluß ist Beschwerde zur Regierung von Schwaben und Neuburg, Kammer des Innern, zulässig.

Das Gesuch der Flurersehefrau Maria Dutscheck, verw. gewesenen Meisel, dahier um Gewährung eines Kleidungskostenbeitrages für ihren 10-jährigen erstehelichen Sohn Jakob Meisel aus Mitteln der Mazillis'schen Stiftung konnte nicht genehmigt werden, weil die stiftungsmässigen Voraussetzungen nicht gegeben sind. -

Gegen diesen Beschluß ist Beschwerde zur Regierung von Schwaben und Neuburg, Kd. J. zulässig.

Numer des Vortrags	Numer des Exhibit.	Referent	Gegenstand
17.	212.	-	Schlachtviehversicherung.
18.	137.	-	Gehaltserhöhung.
19.	-	-	Anschaffung einer Schreib- maschine.
20.	5817.	-	Mietzinsermässigung.

Beschluss

Das Gesuch des Schlachthausaufsehers Herrn Josef H e c k l dahier um Zuwendung von einem Zwanzigstel des Gesamterträgnisses aus Beitragsmarken für Schlachtviehversicherung konnte aus grundsätzlichen Erwägungen keine Genehmigung finden.

Der jährliche Gehalt des protestantischen Schulhausmeisters A. Appelthausen wird vom 1. Januar 1921 ab von 720 M. auf 1200 M. erhöht.

Aus den Erübrigungen der Kasse für Viehheinnahmen wird die Anschaffung einer neuen Schreibmaschine "System Continental" zum Preise von 4200 M. genehmigt.

Die Lieferung wird Herrn Gammel in Ingolstadt übertragen.

Die Mitteilung der Assistentenswitwe Frau Anna Hausfelder wurde in der heutigen Sitzung bekannt gegeben.

Mit Rücksicht auf die geschilderten misslichen Verhältnisse beschließt Stadtrat, den Mietpreis für die Wohnung der Frau Hausfelder im städtischen Gebäude A 32 dahier mit Wirkung vom 1. April 1920 ab von dem mit Beschluss vom 13. Dezember 1920 festgesetzten jährlichen Betrag von 400 M. auf 300 M. zu ermässigen.

Eine weitere Ermässigung ist mit Rücksicht auf die ungünstigen finanziellen Verhältnisse der Stadtgemeinde nicht mehr zu erwarten.

<i>Nummer des Vertrags</i>	<i>Numer des Exhibit.</i>	<i>Referent</i>	<i>Gegenstand</i>
21.	214.	-	Regelung der Pension der Assistentenswitwe Anna Haus- felder.

Betreff: Festsetzung der Witwenpension.

B E S C H L U S S.

Der vollbeschäftigte, berufsmässige Gemeindebeamte der Stadt Neuburg a.D., Herr Verwaltungsassistent Josef H a u s f e l d e r , geboren am 9. September 1885 in Möckenlohe, Bez. Amts Eichstätt, ist am 8. Juli 1920 in Neuburg a.D. gestorben. Seine Witwe Frau Anna Hausfelder, geb. Mayer, geb. am 20. Mai 1889, hat um Pensions-einweisung nach der Gemeindebeamtensatzung vom 7. November 1916 und deren Aenderungen ersucht.

Es wird deshalb beschlossen:

A. Berechnung der Dienstzeit:

1. Nach § 35 der Satzung: Die beim Stadtrate Neuburg a.D. als Schutzmann, Kanzlist, Stadtrats-Assistent und Verwaltungsassistent zugebrachte Dienstzeit vom 1. Juni 1913 bis 8. Juli 1920 = 7 Jahre, 1 Monat und 8 Tage,
2. Nach § 37 I der Satzung: Die Militärdienstzeit vom 9. September 1906 an, dem Tage der Volljährigkeit des Beamten, bis 24. September 1907 = 1 Jahr und 16 Tage.
3. Nach § 37 II und III der Satzung: 2 Kriegsjahre 1914, 1915 = 2 Jahre, /0 Monat und 0 Tage.
4. Nach § 38 der Satzung und gemäss Beschlusses vom 7. Novbr. 1916:
 - a) Die Zeit der Bedienstung bei der Lehrerbildungs-anstalt Eichstätt vom 1. Oktober 1907 bis 4. Februar 1909 = 1 Jahr, 4 Monate und 4 Tage;
 - b) die Zeit der Dienstleistung bei der Heil- und Pflegeanstalt Ansbach vom 1. April 1909 bis 31. Mai 1913 = 4 Jahre, 2 Monate und 0 Tage.

Summa: 15 Jahre, 7 Monate und 28 Tage
= aufgerundet gemäss § 34 I der Satzung auf 16 Dienst-jahre.

Der Beamte hat sonach Anspruch auf 47% Ruhegehalt

B. Berechnung des Ruhegehaltes.

1. Nach § 34 I der Satzung: Grundgehalt am 8. Juli 1920 laut Beschlusses des Stadtrates vom 27./29. September 1920 = 6200 M.
2. Nach § 34 II der Satzung: Teilbetrag der nächsten Dienstalterszulage aus 6600 M Grundgehalt ab 1. November 1921 =

$$\frac{6600 \text{ M} - 6200 \text{ M}}{24} \text{ mal } 8 \text{ (1. Nov. 1919 bis 30. Juni 1920)} = 133 \text{ M } 33 \text{ P.}$$
3. Nach § 34 I und § 23 a I der Satzung: Ortszuschlag: 1700 M -

Summa des pensionsberechtigten Einkommens = 8033 M 33 P.

2. Nach § 34 I der Satzung: Grundgehalt am 8. Juli 1920 = 8033,33 M mal 47 = 3775 M 66 Pf. *gegenstand*
ab 1100
aufgerundet gemäss § 45 II der Satzung auf 3777 M.
C. Berechnung des Witwengeldes:
Nach § 55 I der Satzung: 3777 M mal 40 = 1510 M 80
Nach § 64 II der Satzung aufgerundet auf 1512 M -
Nach § 23 c IV der Satzung 50% Feuerungszuschlag = 756 M -
Summa: 2268 M -
Nach § 64 I der Satzung sonach monatlich = 189 M -
D. Berechnung des Waisengeldes:
Kinder sind nicht vorhanden.
E. Sonstige Bestimmungen:
Das Witwengeld im Betrage von monatlich 189 M ist gemäss
§§ 62, 63 und 64 I der Satzung ab 1. November 1920 aus Mitteln der
städt. Pensionskasse an die Verwaltungsassistentin Frau Anna
Hausfelder in Neuburg a. D. monatlich voranzuzahlen.
Die nach Beschluss vom 25. Oktober 1920 zuviel bezahlten
Beträge sind anzurechnen.
Die Berechnung der Pension nach der Satzung der städt. Pen-
sionskasse wäre für die Witwe des Beamten Hausfelder ungünstiger,
weshalb Berechnung nach der Gemeindebeamtensatzung vom 7. November
1916 erfolgt.
Neuburg a. D., den 20. Januar 1921.
Stadtrat:
gez. Mayer. gez. Latteler.
Der Beamte hat sonach Anspruch auf 47% Ruhegehalt.
B. Berechnung des Ruhegehaltes:
1. Nach § 34 I der Satzung: Grundgehalt am 8. Juli 1920 laut
Beschlusses des Stadtrates vom 27. 28. September
1920 = 6200 M
2. Nach § 34 II der Satzung: Teilbetrag der nächsten Dienst-
alterszulage aus 6000 M Grundgehalt ab
1. November 1921 =
6000 M - 6200 M mal 8 (1. Nov. 1919 bis
30. Juni 1920) = 133 M 33 Pf.
3. Nach § 34 I und § 23 a I der Satzung: Ortszuschlag:
1700 M -
Summa des Pensionberechtigten Einkommens = 8033 M 33 Pf.

Beschluß

Siehe beiliegende Beschlußabschrift.

Stadtrat Neuburg a. D.



[Handwritten signature]
[Handwritten signature]